

# **Christian Wolff**

## **Toleranz statt Meinungslosigkeit - Demokratie lebt von Beteiligung**

Impulsreferat auf der Eröffnungsveranstaltung der Tage der Demokratie und Toleranz in der Zwickauer Region:  
„Misch mit!“

15. April 2013 in der Aula der Westsächsischen Hochschule Zwickau

In dieser Woche ist es besonders wichtig, dass wir Flagge zeigen:

- für die Demokratie;
- für das friedliche Zusammenleben der Verschiedenen,
- für die multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft, die alles andere als gescheitert ist; wer behauptet, „Multikulti“ funktioniere nicht, hat keine Ahnung; in unserem Land gelingt Gott sei Dank täglich die Integration;
- für das wunderbare Privileg, dass Menschen, die in ihrer Heimat um ihr Leben fürchten müssen, bei uns Zuflucht suchen; wir sollten froh und dankbar für diese Auszeichnung sein; denn sie hat zum Hintergrund, dass Menschen gerne unter den Bedingungen der Freiheit leben;
- für die zivilisatorischen Errungenschaften, wie sie sich im Grundgesetz niederschlagen: Glaubens- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Gewaltenteilung, soziale Gerechtigkeit.

Nichts davon ist selbstverständlich und nichts kommt von selbst. Aber auch das gilt: nichts davon schafft sich von selbst ab. Es liegt an uns, an jedem Einzelnen, was aus unserer Demokratie wird. Denn die Demokratie lebt vom Engagement des einzelnen Bürgers, ist drauf angewiesen, dass sich der Einzelne einmischt; die Diktatur hindert den Einzelnen mit Gewalt an eigenständigem Denken, an eigenständigem Leben und zwingt ihn zu uniformierter Beteiligung.

Doch was es im Einzelnen und im Konkreten heißt, zur Demokratie aufzubrechen - das fällt uns immer wieder schwer zu vermitteln. Darum möchte ich beginnen mit einer Begebenheit aus dem ganz normalen Alltag: Warteraum in der chirurgischen Ambulanz der Universitätsklinik Leipzig. Ca. 50 Menschen sitzen verstreut in der großen Empfangshalle und warten auf ihren Aufruf. Immer wieder scheppern Namen durch den Lautsprecher, aber man versteht nichts. Die Menschen schauen sich fragend um. Bin ich gemeint. Man beginnt mit dem Schicksalsgenossen ein Gespräch. Die könnten doch ihre Lautsprecher etwas besser einstellen. Vor allem sollen sie deutlich sprechen. Das geht so eine ganze Weile hin und her. Namen werden aufgerufen, Zimmernummern genannt. Aber da man nichts versteht, geht man auf Verdacht, kehrt wieder zurück. Man war nicht gemeint. Der Unmut wächst. Doch keiner kommt auf die Idee,

an der Rezeption den Mangel zu melden. Nach ca. 10 Minuten bequeme ich mich zur Rezeption. Ich bitte die Dame, dass der Lautsprecher lauter gestellt wird. Die Antwort überrascht mich nicht: „Das geht nicht. Ich weiß nicht, wie man das macht. Wir haben hier nichts zu sagen.“ Ich erwidere: „Es wird doch jemanden geben, der am Verstärker die Lautstärke einstellen kann.“ „Nein, ich weiß nicht, wie es geht.“ „Sie können das Problem doch einmal bei einer Dienstbesprechung anbringen: a) dass die Anlage nicht gut funktioniert und b) dass Sie sich da nicht auskennen.“ Das Gesicht der Dame zeigt mir an: Jetzt besser nicht weiter reden. Also setze ich mich wieder. „Das hat sowie so keinen Zweck.“, meint meine Nachbarin. „Wir haben hier doch nichts zu sagen.“ Nach ein paar Minuten sind die Namen wieder besser zu verstehen.

Eine banale Situation. Sie spielt sich in unserer Gesellschaft ständig ab. All diese Geschichten erzählen etwas von der Kraft der Beteiligung, aber auch davon, wie lange es dauert, bis wir uns in Bewegung setzen, und wie schnell wir bei der Hand sind mit den Selbstentschuldigungen, um uns in der Teilnahmslosigkeit zu bestätigen, uns der Ohnmacht zu ergeben. Am vergangenen Freitag saß ich mit 12 älteren Menschen zusammen, die einer Anlage des betreuten Wohnens leben. Eine 73-jährige Frau hatte sich einige Tage zuvor vom Balkon gestürzt und dabei den Tod gefunden, den sie genauso verzweifelt suchte wie das Leben. Die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner waren erschüttert, wie so etwas mitten in ihrer so schönen Wohnanlage passieren kann. Darum boten wir von der Kirchgemeinde die Gesprächsrunde an. Eine Frau war besonders erregt. Sie hatte zusammen mit anderen die Leitung des betreuten Wohnens auf das merkwürdige Verhalten der Frau aufmerksam gemacht. Sie hatten einen besorgten Brief geschrieben, den sie in der Hand hielt. Doch eine Antwort hatten sie nie erhalten. „Die sind doch schuld“, rief sie erregt. „Wir haben es geahnt. So etwas darf doch in unserer Gesellschaft nicht geschehen. Da muss doch jedem geholfen werden. Da muss doch die Gesellschaft ...“

Ja, da muss doch ... da darf doch nicht ... und dann geschieht es doch - das, was uns zornig und ohnmächtig macht, vor allem dann, wenn wir uns engagiert haben. Dann wird doch der Rentner an der Bushaltestelle niedergeschlagen und ausgeraubt. Dann wird doch der Döner-Laden in der schmucken Kreisstadt auseinander genommen und die Täter kommen feixend mit einer polizeilichen Verwarnung davon. Dann bildet sich doch eine NSU Terrorzelle und angeblich bekommt es niemand mit. Dann gerät doch eine ganze Ortschaft in die Fänge von Neonazis. Das alles geschieht mitten unter uns. Und wir sind uns einig: da müsste doch der Staat ... das darf doch nicht wahr sein, dass die Polizei ... wo bleiben da die Gerichte ... Doch um die eigentliche Zumutung machen wir einen großen Bogen: All die Dinge geschehen nicht, weil die Gesellschaft das so will, oder weil der Staat das so macht, sondern weil wir Menschen so sind, wie wir sind. Denn wir, die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger bilden die Gesellschaft, sind der Staat. Und all die Dinge, die uns das Leben so schwer machen, geschehen, weil wir uns nicht als

Beteiligte an Missständen sehen. Und allein dadurch unterschätzen wir unsere Macht und Möglichkeit, den Lauf der Dinge zu beeinflussen. Denn zwischen diesen beiden Polen der menschlichen Existenz entwickelt sich aktives Tun:

- Da ist zum einen die Einsicht in die eigene Unzulänglichkeit und Begrenztheit;
- zum andern müssen wir die fast grenzenlosen Möglichkeiten erkennen, die jeder einzelne Mensch hat, weil jeder von uns ein eigenständiges, selbstbewusstes Wesen ist.

Diese beiden Pole entsprechen dem Menschenbild, wie es in der Bibel entworfen und im christlichen Glauben entfaltet wird:

- auf der einen Seite der Mensch als – wie wir es nennen – der Sünder, der fehlbare Mensch, fähig nicht nur zum Guten, sondern auch zum Bösen;
- und der Mensch von Gott geschaffen und dadurch mit Recht und Würde gesegnet, völlig unabhängig davon, was er aus seinem Leben macht.

Dieses Bild vom Menschen verbietet es, dass sich ein Mensch über den anderen erhebt (z.B. der Gesunde über den Kranken, der Weiße über den Schwarzen, der Reiche über den Armen, der Deutsche über den Türken, der Christ über den Moslem, der Mann über die Frau, der Heterosexuelle über den Schwulen). Dieses Bild vom Menschen verbietet jede Form von Rassismus, von Herrenmenschentum, von religiösen und politischen Absolutheitsansprüchen. Dieses Bild vom Menschen verbietet vor allem jede Form von Diktatur, der Herrschaft der Wenigen über die Vielen. Und darum entspricht den Grundlagen des christlichen Glaubens nur eine Form gesellschaftlichen Zusammenlebens: die Demokratie. Und diese erfordert und ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe an Arbeit, Einkommen und Bildung. Entscheidend ist für mich die Stelle im Markusevangelium, an der Jesus zu den Jüngern sagt:

*Ihr wisst, dass die, die als Herrscher über die Völker betrachtet werden, sich als ihre Herren aufführen und dass die Völker die Macht der Großen zu spüren bekommen. Bei euch ist es nicht so. Im Gegenteil: Wer unter euch groß werden will, soll den anderen dienen, wer unter euch der Erste sein will, soll zum Dienst an allen bereit sein.*

Markus 10,42ff

Leider, leider, leider haben die Kirchen sehr lange, viel zu lange diese Erkenntnis wie einen verborgenen, vergrabenen Schatz behandelt, anstatt mit diesen Pfunden des Glaubens zu wuchern. Allerdings stimmt auch das andere: Ganz wesentliche Demokratie- und Bildungsimpulse und die Grundlagen der Menschenrechte entstammen der jüdisch-christlichen Glaubenstradition und sind nicht zuletzt Errungenschaften der Reformation. Ohne die unveräußerbare Würde eines Menschenlebens, wie sie sich aus Nächsten- und Feindesliebe ergeben, werden wir weder einen Rechtsstaat noch eine demokratische Gesellschaft gestalten können. Also tun wir gut daran, uns der Wurzeln unserer Zivilisation immer wieder zu erinnern und daran, dass wir Menschen immer auch auf

Korrektur angewiesen sind, auf Vergebung, also (und so definiere ich Vergebung) auf Befreiung aus selbst verschuldeter Unmündigkeit. In diesem Sinn kann ich Demokratie verstehen als die Ermöglichung von Korrektur. Demokratische Prozesse der Meinungsbildung und des Meinungsstreites sind so etwas wie ein säkularer Beichtstuhl: Neuanfänge werden möglich, ohne dass die Verursacher der Fehlentwicklung vernichtet werden. Sie geraten höchstens in die Minderheit und haben die Möglichkeit, sich neu zu orientieren und zu organisieren. Und in diesem Sinn ist Demokratie auch die Absicherung des friedlichen Zusammenlebens.

Ich gebe zu: diese Gedanken mögen dem, der nicht in der christlichen Glaubensstradition groß geworden ist, etwas weit hergeholt vorkommen. Auf der anderen Seite: Uns führt heute zusammen die gemeinsame Sorge um unsere Demokratie, um das friedliche Zusammenleben der Verschiedenen, um die Gefahren des Rechtsradikalismus. Da ist es ganz wichtig, dass wir uns klar darüber werden, auf welchen Grundlagen sich unser gesellschaftliches, politisches Leben entwickeln soll. Diese Grundlage kann nur die sein: Es kommt auf jeden einzelnen an - und zwar im doppelten Sinn:

- Jeder Einzelne hat seine Verantwortung für die Demokratie wahrzunehmen - nicht nur bei den Wahlen, da aber ganz sicher!, sondern auch in der aktiven Beteiligung an der Gestaltung des Lebens vor Ort: „Misch mit!“.
- Jeder Einzelne hat den anderen Einzelnen mit und in seinen Bedürfnissen wahr- und ernst zu nehmen - unabhängig von seinem sozialen Status, seiner Nationalität und kulturellen und religiösen Herkunft.

Nur so können wir uns zu einer solidarischen Gesellschaft entwickeln, die niemanden ausgrenzt und die sich auch nicht für irgendein Problem oder einen Menschen für unzuständig erklärt. Das setzt nicht nur Toleranz voraus, sondern auch Überzeugung. Toleranz heißt eben nicht: Ich mach meins; du machst deins; und ansonsten lassen wir uns in Ruhe. Eine solche, leider weit verbreitete Haltung hat mit Pluralität wenig, aber mit Interesse- und Meinungslosigkeit ganz viel zu tun. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ich teile dir meine Überzeugung mit; setze dich damit auseinander, bilde dir eine eigene Meinung und nimm deine Verantwortung in der demokratischen Bürgergesellschaft wahr. Gehe aber der Auseinandersetzung nicht mit dem Argument aus dem Weg: Der Andere hat eine Meinung, also ist der intolerant. Noch einmal: Toleranz heißt, eine Überzeugung leben, dafür auch streiten, auch den Konflikt nicht scheuen, aber ohne den Anspruch zu erheben, der andere muss genauso denken wie ich selbst. Nur so lässt sich Meinungslosigkeit überwinden, die leider viel zu oft mit Toleranz verwechselt wird. Darum erlaube ich mir nun, ein paar Probleme anzusprechen, die Diskussionen und Kontroversen auslösen:

- Damit die Veranstalter mein Kommen finanzieren können, musste ich die sog. „Demokratieerklärung“ unterschreiben, in der ich bestätigen soll, *„dass ich mich zur freiheitlichen demokratischen*

*Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekenne und keine Aktivitäten entfalte, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widersprechen.*" Ich habe das mit dem Zusatz getan, dass ich dies *„für überflüssig, peinlich und eines demokratischen Staates für unwürdig halte"* – vor allem deswegen, weil die Verweigerung der Unterschrift nicht denen Schwierigkeiten bereitet hätte, die diese verlangen, sondern dem so engagierten und wichtigen Verein *„Bündnis für Demokratie und Toleranz in der Zwickauer Region"*. Für mich ist es ein Skandal, dass diejenigen, die die politische Verantwortung für das fatale Versagen in der Verfolgung der sog. *„Zwickauer Zelle"* tragen, gegenüber denen, die sich seit Jahren und Jahrzehnten den Neonazis nach bestem Wissen und Gewissen in den Weg stellen, eine Unterschrift zur Demokratietreue abverlangen – so als stünden die Gegner der Neonazis erst einmal unter dem Verdacht, es mit der rechtsstaatlichen Demokratie nicht ernst zu meinen. Das ist nur schwer erträglich. Und ich kann die Regierung des Freistaates Sachsen nur auffordern, diese Beschädigung die Demokratie zu beseitigen. Wie wollen wir Vertrauen in die Demokratie vermehren, wenn diejenigen, die sie befürworteten und verteidigten, erst einmal unter Generalverdacht gestellt werden: es könnte ja sein, dass Du ganz Anderes im Schilde führst, als du vorgibst. Wenn ich so in der Kirche agieren würde – ich würde vollkommen zu Recht als inquisitorisch kritisiert werden.

- Eine ähnliche Zumutung stellt auch der Prozess gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König dar. Dass einer, der seine großen Verdienste um den Kampf gegen den Rechtsextremismus hat, der unerschrocken den Neonazis gegenübertritt, nun gezielt verdächtigt und deswegen von der Staatsanwaltschaft angeklagt wird, strafbare Handlungen begangen zu haben, muss den Eindruck erzeugen, als solle sozusagen ein *„Gleichgewicht"* zwischen Straftaten der Neonazis und angeblichem Fehlverhalten von Menschen, die den Nazis entgetreten, hergestellt werden. Das aber ist fatal und erzeugt wieder einmal den Verdacht, als sei die Justiz auf dem rechten Auge blind.
- Genau dieser Verdacht muss auch aufkommen, wenn wir an die in meinen Augen verheerende Auseinandersetzung um die Vergabe der Sitzplätze beim Prozess gegen Beate Tschäpe vor dem Münchner Oberlandesgericht denken. Das, was sich da abgespielt hat (und ja immer noch abspielt), hat nichts, aber auch gar nichts mit der Unabhängigkeit der Gerichte zu tun, sondern ist eher Ausdruck einer für den Rechtsstaat unerträglichen juristisch-formalisierten Ausländerfeindlichkeit! Dass ein deutsches Gericht zu einer solchen schikanösen Posse in der Lage ist und sich dabei dann auch noch mit der Aura von Rechtsstaatlichkeit umgibt – so, als könne es sich gar nicht anders verhalten, ist höchst alarmierend und beunruhigend. Daran ändert das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes relativ wenig. Denn wir müssen uns fragen: Welcher Geist herrscht in Gerichten, die zu solchen Verfahren in der Lage sind und die sich resistent zeigen

gegenüber berechtigter Kritik. Ich bin Zeitzeuge der Prozesse gegen die RAF Terroristen gewesen. Damals hat man in Stuttgart-Stammheim ein Gerichtsgebäude neu gebaut. Alarmierend und beunruhigend ist aber noch etwas anderes: Hätte der nun im Mai beginnende Prozess auch ein solches Medienecho gehabt, wenn es nicht das törichte Verhalten der Münchner Richter gegeben hätte? Nehmen wir als Bürgerinnen und Bürger ausreichend Anteil an dem himmelschreienden Vorgang, dass über 10 Jahre die NSU-Bande mordend durch Deutschland ziehen konnte? Sehen wir das Schicksal der zumeist türkischen Opferfamilien als unser eigenes, deutsches Schicksal an?

- Warum ich gerade diese Frage stelle? In meinen Augen ist es ein höchst merkwürdiger Vorgang, dass bis zum heutigen Tag mit großer Gleichmut das Treiben des Verfassungsschutzes auf der medialen und politischen Ebene betrachtet und kommentiert wird. Abgesehen von Randgruppen hat noch keine der großen Parteien die Auflösung des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern gefordert. Was sich diese Ämter aber allein in Sachen NSU geleistet haben, ist mehr als Demokratie gefährdend. Dass regelmäßig Akten verschwunden sind und verschwinden, vernichtet und geschreddert wurden und werden, ist doch kein Zufall. Doch meine Kritik ist noch grundsätzlicher: Allein der Name „Verfassungsschutz“ ist schon eine Zumutung. Denn unsere Verfassung kann nicht durch Dunkelmänner und Leute, die mit Neonazis Kumpanei betreiben, geschützt werden. Unsere Verfassung wird allein durch demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger, die sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen, und durch eine rechtsstaatliche Justiz geschützt. Mir ist nicht bekannt, dass der sog. Verfassungsschutz in den vergangenen Jahrzehnten irgendetwas Vernünftiges zustande gebracht hat. Ich möchte daran erinnern, dass der sog. Verfassungsschutz und auch der Bundesnachrichtendienst (BND) weitgehend von Altnazis gegründet wurden und zunächst mit diesen bestückt waren. In Westdeutschland wurden vom Verfassungsschutz und BND regelmäßig Skandale produziert. Willy Brandt haben sie zur Strecke gebracht. Die Friedliche Revolution haben sie 1989 verpennt. Und nun müssen die Verfassungsschutzämter verantworten, dass über ein Jahrzehnt die Nazi-Terrorgruppe ihr Unwesen hat treiben können. Das aber ist an sich kein Wunder bei einer Institution, die die Lüge, den Betrug, die Niedertracht, das Austricksen, den Pakt mit dem Teufel zum Prinzip macht. Mit solchen Mitteln kann eine demokratische Verfassung zerstört, aber nicht geschützt werden. Darum gehört es zum notwendigen Reinigungsprozess der Demokratie, dass der Verfassungsschutz aufgelöst und die Aufgaben von der Polizei und ihren Organen übernommen werden.

Warum ich diese Punkte so deutlich anspreche? Ich habe aus dem Studium der Geschichte des 20. Jahrhunderts: eines gelernt: Der Nationalsozialismus verdankte seinen Siegeszug vor allem dem Versagen des Bürgertums und der Bildungselite. Nicht sechs Millionen Arbeitslose, sondern rechtes, antidemokratisches Denken

in den Schichten der Bevölkerung, aus denen sich die Führungskräfte einer Gesellschaft rekrutieren, hat Hitler und die NSDAP an die Macht gebracht. Kein Wunder, dass vor und nach dem 30. Januar 1933 jedes Aufflammen von Zivilcourage schnell in sich zusammenbrach - natürlich auch angesichts der brutalen Gewalt, die die Nazis an den Tag legten; aber die wiederum wurde gedeckt, nicht zuletzt durch die Justiz. Darum müssen sich vor allem diejenigen, die sich heute zum Bürgertum zählen, diejenigen, die heute Führungskräfte unserer Gesellschaft für die nächsten Jahrzehnten an Universitäten und Hochschulen ausbilden, diejenigen, die heute auf den Kanzeln, an den Rednerpulten der Parlamente und vor Schulklassen stehen, eindeutig für die streitbare Demokratie und für all die Werte positionieren, die damit verbunden sind. Aber gerade diese Menschen halten sich zu oft und zu stark zurück, wenn es gilt, gegen den Rechtsextremismus aufzutreten und für ein multikulturelles und multireligiöses Zusammenleben einzutreten. Ich verstehe nicht, warum nicht die Universitätsprofessor/innen, die Rektor/innen der Schulen, die Sparkassendirektor/innen, die mittelständischen Unternehmer/innen in der ersten Reihe stehen, wenn es gilt, sich vor Ort den Neonazis in den Weg zu stellen. Und ich sehe mit großer Sorge, dass die Widerstände gegen die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern in Leipzig in den wohl situierten, vom Bürgertum geprägten Stadtteilen im vergangenen Jahr sehr viel größer waren, als in den Bezirken, in denen sich soziale Probleme bündeln. Und ebenso halte ich es für äußerst bedenklich, wenn in den Medien und auch in den Parlamenten die Menschen, die sich in kleinen Ortschaften und in den Städten für Integration, für friedliche Konfliktlösungen einsetzen, als „Gutmenschen“ verächtlich gemacht werden. Wo sind wir hingekommen, wenn „ein guter Mensch“ zu einem Schimpfwort wird? Und was ist davon zu halten, dass Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler das NPD-Verbot mit der Bemerkung vom Kabinettstisch feigt: „Dummheit kann man nicht verbieten.“ NPD - eine Dummheit? NSU-Morde, dumm gelaufen? Nein, auch solche Dummheit kann niemand verbieten. Aber wir können durch Gerichtsbeschlüsse die Grenzen einer demokratischen Gesellschaft markieren. Die können dann immer noch überschritten werden, aber sie sind mehr Teil der Demokratie.

Gerade von denen, die in Bildung und Erziehung tätig sind, müssen wir erwarten, dass sie, dass wir ganz unmissverständlich reden und auftreten. Wer heute vom Versagen der Demokratie spricht, muss wissen, wem er damit einen Gefallen tut: denen, die sie abschaffen wollen - und das ist das erste Ziel der Neonazis. Wer heute die Demokratie den sog. Marktgesetzen unterordnen will, muss wissen, dass er damit die Macht derer stärkt, die es zu kontrollieren gilt. Darum sollte das Unwort „marktgerechte Demokratie“ ganz schnell im Orkus der Geschichte verschwinden. Wer heute meint, dass unsere gesellschaftlichen Probleme nicht mehr demokratisch zu lösen seien (und zu viele meinen das), der fügt den Problemen nur ein weiteres - aber eben eines, durch das die anderen in die Unlösbarkeit geführt werden. Darum: Die Missstände, die in der

Demokratie immer wieder auftreten, sind kein Grund, sie als solche infrage zu stellen, sie verächtlich zu machen ... und sich selbst bequem zurücklehnen.

Denken wir daran: Demokratie, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle, religiöse und politische Vielfalt sind keine Selbstläufer. Wir verdanken mutigen Demokraten ein hervorragendes Grundgesetz. Wir verdanken mutigen Menschen, dass 1989 ein diktatorisches Regime aus den Angeln gehoben werden konnte. Aber das ist keine Garantie dafür, dass die Demokratie auch heute funktioniert und ausreichend Akzeptanz findet. Vielmehr erfordert dies den politischen Einsatz eines jeden und einer jeden: in den demokratischen Parteien, in den Gewerkschaften, in den Vereinen, in den Kirchen - und auch auf der Straße.

Christian Wolff  
Pfarrer an der Thomaskirche  
wolff@thomaskirche.org